

Keine Strafe für rechte Chats

Bewährung für Polizist für Waffenverstöße

ALSFELD Im Prozess um rassistische Chats ist ein Polizeibeamter am Dienstag vom Amtsgericht Alsfeld zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und zwei Monaten verurteilt worden. Aus Sicht der Kammer hat sich der 46 Jahre alte Beamte des Verstoßes gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz sowie das Kriegswaffenkontrollgesetz im milder schweren Fall schuldig gemacht. Mit Blick auf die von ihm in WhatsApp-Gruppen versendeten Bilder wurde der Mann dagegen freigesprochen. Das Gericht habe zwar keine Zweifel, dass es sich dabei um volksverhetzende Inhalte gehandelt habe, doch sei der Tatbestand des Verbreitens nicht erfüllt, sagte der Vorsitzende Richter.

In seiner Urteilsbegründung machte er zugleich die Brisanz des Themas deutlich. „Rechtsradikale Chats sind in aller Munde, und es gibt ein berechtigtes öffentliches Interesse daran, dass die Polizei frei ist von rechtsradikalem Gedankengut“, so der Richter. Das Gericht distanzieren sich ausdrücklich von den vom Angeklagten in den Chats versendeten Bildern, müsse aber letztlich beurteilen, ob tatsächlich ein Straftatbestand vorliege.

Die Staatsanwaltschaft hatte dem vom Dienst suspendierten Beamten zur Last gelegt, Ende 2018 „strafrechtlich relevante Inhalte“ in Chatgruppen versendet und damit auch eine mögliche Weiterverbreitung in Kauf genommen zu haben. Neben Bildern von Adolf Hitler und Hakenkreuzdarstellungen seien auch Anfeindungen von dunkelhäutigen Menschen und Muslimen dabei gewesen. Bei Hausdurchsuchungen waren zudem scharfe Waffen, NS-Devotionalien und Sprengstoff bei dem Mann gefunden worden.

Der Polizeibeamte hatte zu Prozessbeginn die Vorwürfe eingeräumt, eine rechtsextreme Gesinnung aber von sich gewiesen. „Ich werde überall dargestellt als waffenaffiner, rechter Typ, was ich niemals war und bin“, sagte er. Die Mitglieder der Chatgruppen seien ihm persönlich bekannt gewesen. „Ich hätte das nicht rumschicken sollen, das war auch dumm“, sagte er, betonte aber: „Ich hatte nie irgendwelche rassistischen oder rechten Hintergedanken.“ Sein Waffen- und Munitionarsenal sowie die NS-Devotionalien hätten mit seiner Sammelleidenschaft für Militaria zu tun – ein Großteil der Devotionalien entstamme dem Familienbesitz.

Der Vorsitzende Richter sprach von „Puzzelstücken“, die ein Bild ergäben. „Der Eindruck entsteht, dass Sie keine gesunde Distanz zum Nationalsozialismus haben.“ Für einen Berufswaffenträger sei der Angeklagte zudem erstaunlich „lax“ mit den waffenrechtlichen Bestimmungen umgegangen. Ähnlich hatte sich zuvor der Staatsanwalt geäußert, der eine Freiheitsstrafe von zwei Jahren gefordert hatte. Der Verteidiger, der eine achtmonatige Bewährungsstrafe gefordert hatte, will Rechtsmittel einlegen, auch weil es um versorgungsrechtliche Fragen für seinen Mandanten gehe, wie er sagte. lhe.

„Kein Radweg scheitert am Geld“

WIESBADEN Hessens Verkehrsminister Tarek Al-Wazir stellt den Ausbau des Radwegenetzes an Bundes- und Landesstraßen vor.



Schnell und sicher: Radschnellweg bei Wixhausen

Foto Marcus Kaufhold

Der etwa elf Kilometer lange Radweg entlang der B 42 zwischen Rüdesheim im Rheingau und der rheinland-pfälzischen Grenze bei Lorchhausen wird nach seiner Fertigstellung voraussichtlich 115 Millionen Euro gekostet haben. Damit sorgt Deutschlands teuerster Geh- und Radweg beim Bund der Steuerzahler regelmäßig für Empörung. Als „Quatsch“ bezeichnete Hessens Verkehrsminister Tarek Al-Wazir (Die Grünen) diese Kritik, denn es werde stets vergessen, dass während der Arbeiten auch die Bundesstraße verlegt werde. „Ich kann Ihnen aber sagen, das ist ein Radweg, der sich trotzdem lohnt“, versprach Al-Wazir: Der Radweg werde eine bedeutende ökonomische und touristische Wirkung entfalten. Vorteile sieht der Minister auch bei vielen anderen Radwegen, weswegen das Land die Investitionen in die Rad-Infrastruktur kontinuierlich erhöhen möchte.

Gemeinsam mit Heiko Durth, dem Präsidenten des Landesbetriebes Hessen Mobil, stellte Al-Wazir am Dienstag in Wiesbaden den Stand des Radwegebaus an Hessens Landes- und Bundesstraßen vor. „Der Radwegebau in Hessen nimmt noch mehr Fahrt auf. Wir haben mehr Geld und mehr Personal“, sagte der Minister. „Wir arbeiten an der Verkehrswende.“

Dazu zähle auch die Stärkung des Radverkehrs und die Verbesserung der Infrastruktur, damit das Rad ein gleichberechtigtes Verkehrsmittel werde. Die Bedeutung des Radverkehrs habe während der Pandemie zugenommen, dieser Trend sei allerdings auch schon vorher wahrnehmbar gewesen, sagte der Minister weiter.

Um das Netz auszubauen, wurden in Hessen von 2014 bis 2020 rund 28 Millionen Euro in Radwege an Landesstraßen und 53,5 Millionen Euro in Wege an Bundesstraßen investiert. Laut Al-Wazir konnten so 58 Kilometer Radwege neu oder ausgebaut und weitere 57,8 Kilometer saniert werden. Allein in diesem Jahr sollen 21 Millionen Euro investiert werden, mit denen 14,4 Kilometer Radwege neu oder ausgebaut und fünf Kilometer saniert werden.

„Kein Radweg in Hessen scheitert am Geld“, sagte Al-Wazir. Noch nie seien so viele Euros aus dem Landeshaushalt in den Ausbau der Radwegeinfrastruktur investiert worden. Außer den 21 Millionen

Euro für dieses Jahr sind laut Al-Wazir jeweils 28 Millionen für 2022 und 2023 sowie 29 Millionen für 2024 an gemeinsamen Investitionen von Bund und Land in Hessens Radwege geplant. Das sind addiert 106 Millionen Euro.

Hinzu kommen weitere 76,5 Millionen Euro bis zum Jahr 2023, die das Land für

Rad- und Fußwege in Städten und Gemeinden bereitstellt. 43 Millionen steuert der Bund zusätzlich bei.

Mit 7,7 Millionen Euro wurden seit 2020 Radschnellverbindungen gefördert. Die Radpiste Frankfurt-Darmstadt ist im Bau, zwei Abschnitte seien schon fertig. Die Schnellverbindung zwischen Kassel

und Vellmar ist in Planung. Von 19 Machbarkeitsstudien für Radschnellwege sind laut Al-Wazir acht abgeschlossen.

„Wir haben im vergangenen Jahr ausdrücklich gesagt, dass wir die Kommunen nicht nur bei ihren eigenen Radwegen unterstützen, sondern sie auch mit ins Boot holen wollen, wenn es um bestimmte Projekte an Landesstraßen geht“, sagte Al-Wazir. Diese Kooperation bewertete er als erfolgreich. Von 53 vorgestellten Projekten hätten 41 in einer Vereinbarung gemündet. 22 Projekte seien begonnen worden, bei 19 gebe es noch keinen Zeitplan. Ein Radweg sei mittlerweile fertig, ein weiterer werde fertiggestellt.

Um die stetig wachsende Zahl der Radwege-Projekte bewältigen zu können, war das Personal von Hessen Mobil um acht Stellen aufgestockt worden. Der Landesbetrieb hat seit Anfang des Jahres eine eigene Abteilung „Mobilität und Verkehr“ gegründet, wie Präsident Durth ausführte. Die neue Taskforce Radwege, die aus 18 Mitarbeitern besteht, plant nur Radwege und Radverkehrsanlagen. Sechs Planer sitzen künftig in Marburg, weitere zwölf in Darmstadt. „Der Anspruch, Mobilität ganzheitlicher zu betrachten, ist für uns der Dreh- und Angelpunkt“, sagte Durth. „Wir wollen unseren Beitrag zur Verkehrswende leisten.“ Dafür sei es nötig, vernetzt zu denken und zu arbeiten. Dies sei mit der neu geschaffenen Abteilung Mobilität möglich.

Wie es um Hessens Radfernwege und das Rad-Hauptnetz bestellt ist, wird Ende des Jahres klar sein. Laut Al-Wazir werden 3000 Kilometer Radfernwege und weitere 1800 Kilometer im Rad-Hauptnetz abgefahren, damit ihr Zustand bewertet werden kann. „Dann haben wir erstmals einen systematischen Überblick.“

Kritik kommt von der FDP-Landtagsfraktion. Der verkehrspolitische Sprecher Stefan Naas bezeichnete Al-Wazirs Bilanz als „schwach“, von 2014 bis 2020 seien gerade mal 58 Kilometer Radweg neu gebaut worden. „Der Minister muss das Geld endlich auf die Straße bringen“, forderte Naas. Die CDU-Fraktion fasste zusammen, dass aus verschiedenen Förderprogrammen noch knapp 225,5 Millionen Euro für den Ausbau kommunaler Radwege zur Verfügung stünden. Das verbessere die Sicherheit der Radfahrer in Hessen und stärke die Rolle des Fahrrads als Verkehrsmittel, sagte ihr verkehrspolitischer Sprecher Markus Meysner. robm.



An den Menschen vorbeigeradelt

Von Robert Maus

Keine Frage: Radeln liegt im Trend. Es ist umweltfreundlich, gut für Gesundheit sowie Geldbeutel, und in Hessens Innenstädten entlastet es auch noch die chronisch verstopften Straßen. E-Bikes haben dafür gesorgt, dass nun auch Menschen radeln, die vorher nicht bereit waren, in die Pedale zu treten. Der Radverkehr ist schneller geworden, und nicht wenige Menschen sind dauerhaft umgestiegen. Die Fokussierung des hessischen Verkehrsministers Tarek Al-Wazir (Die Grünen) auf das Rad und die dafür benötigten Wege ist daher verständlich, aber nicht zielführend.

Damit die Verkehrswende gelingt, müssen viele Voraussetzungen erfüllt sein. Der öffentliche Personennahverkehr muss ausgebaut werden und der Umstieg von Verbrennern auf andere Antriebsarten forciert. Neue digitale Modelle der Verkehrslenkung sind nötig, und es muss intelligente und dauerhafte Lösungen geben, um die bereits vorhandene Infrastruktur effektiver zu nutzen und zu erhalten.

Dazu gehören auch intakte Straßen und Brücken, die nicht gesperrt werden müssen, weil sie plötzlich einzustürzen drohen. Während der Verkehrsminister über Investitionen in Hessens Radwege spricht, überlegen Pendler in Wiesbaden, Mainz und dem Rheingau-Taunus-Kreis, wie sie in den nächsten Wochen zur Arbeit kommen, nachdem die Salzachtalbrücke der A 66 gesperrt wurde. In den Wiesbadener Stadtteilen Biebrich und Kastel sehen sich die Anwohner täglich einer Blechlawine ausgesetzt. Die ohnehin durchwachsene Luftqualität in der Landeshauptstadt wird mit Sicherheit nicht besser, wenn Tausende Diesel und Benziner nun noch länger im Stau stehen und ihre Abgase in den Himmel blasen.

Natürlich ist es zu begrüßen, wenn das hessische Radwegenetz ausgebaut wird. Aber Hand aufs Herz: Wer fährt täglich 15 oder 20 Kilometer mit dem Rad zur Arbeit, auch wenn es regnet oder schneit? Die Masse der Menschen, die Hessens Wohlstand erarbeiten, ist auf Bus, Bahn und vor allem das Auto angewiesen. Deswegen wäre es sinnstiftend gewesen, wenn Al-Wazir am Dienstag eingeladen hätte, um den Menschen mitzuteilen, dass er sich an die Spitze der Städte und Landkreise stellt, um möglichst schnell Lösungen zu erarbeiten, damit das Verkehrschaos im westlichen Rhein-Main-Gebiet aufgelöst werden kann. Dann hätten die Menschen einen pragmatischen Macher gesehen, der sich als Verkehrsminister darum kümmert, dass der Verkehr endlich wieder fließt.

Anwohner von Alarm genervt

RÜSSELSHEIM Ein 44 Jahre alter Mann hat auf einem Parkdeck in Rüsselsheim wutentbrannt mit einem Hammer auf ein Auto eingeschlagen. Anlass am frühen Dienstagmorgen war nach Angaben der Polizei eine über einen längeren Zeitraum immer wieder aufheulende Auto-Alarmanlage. Den angetrunkenen Anwohner packte schließlich die Wut – und er griff entschlossen zum Hammer. „Mit Erfolg“, wie die Polizei berichtet: Die Alarmanlage ging aus.

Allerdings konnte der Mann die Nachtruhe nicht in seiner Wohnung genießen. Weil er so aufgebracht war, musste er zur Verhinderung weiterer Straftaten die Nacht auf der Wache verbringen. Am Auto entstand laut Polizei Schaden für 500 Euro. lhe.

Stadt vernichtet Spielautomaten

RÜSSELSHEIM Die Stadt hat abermals illegal betriebene Geldspielautomaten vernichten lassen. Zoll und Polizei hatten die Spielgeräte bei Gaststättenkontrollen in den vergangenen Monaten beschlagnahmt, wie die Stadt am Dienstag berichtete. Die Software der Automaten war früheren Angaben zufolge teilweise so manipuliert worden, dass sie weniger Gewinn ausschütteten. Wie viele Automaten bislang vernichtet wurden, teilte die Stadt nicht mit. lhe.

Die Delta-Variante und die Schulen

RHEIN-MAIN Verdruss beim Maskentragen, bei Klassenfahrten und der Lüftungs-Frage

An manch einer Grundschule im Rhein-Main-Gebiet brach Jubel aus, als die Schulleiter Ende vergangener Woche verkündeten, dass die Kinder im Unterricht die Masken abnehmen dürfen. Dagegen berichten Eltern älterer Kinder von ganzen Klassen der Mittelstufe, in denen die Jugendlichen während der Schulstunden freiwillig weiter Mund- und Nasenschutz tragen. Obwohl die Maskenpflicht seit den jüngsten hessischen Lockerungen nur noch im Flur und im Klassenzimmer bis zum eigenen Platz gilt, wollen die Mädchen und Jungen lieber vorsichtig sein.

Andere hessische Eltern ärgern sich hingegen, dass Schulleiter in Schreiben an die Familien darum bitten, die Maske weiter zu tragen. Zweieinhalb Wochen

vor den Sommerferien wollen sie nichts mehr riskieren – auch wenn die Inzidenz niedrig ist. Aber die Delta-Variante haben alle im Kopf.

An der Frankfurter Integrierten Gesamtschule Kalbach-Riedberg hat Schulleiterin Susanne Göllitzer in den schuleigen Hygieneplan geschrieben, dass die Maske auch im Klassenraum Pflicht ist, es sei denn, der Abstand von anderthalb Metern sei gewahrt und die Kinder säßen still am Platz. Was beides im Schulalltag an der IGS normalerweise nicht der Fall ist, wie die Schulleiterin berichtet. „Das ist unsere Auslegung einer Verordnung, die wir angesichts der hohen Ansteckungsgefahr, die es nach wie vor gibt, nicht nachvollziehen können“, sagt Göllitzer.

zer. Sie spricht von einer „dringlichen Empfehlung“, aber wenn Eltern auf Maskenfreiheit bestünden, ergreife die Schule keine „Ordnungsmaßnahmen“.

Das Kultusministerium teilt auf Anfrage mit, dass es nicht von den Vorgaben gedeckt sei, wenn Schulen auch im Unterricht Masken vorschreiben. „Die neue Verordnung gibt vor, dass die Kinder und Jugendlichen am Platz im Klassenzimmer ihre Masken abziehen dürfen – auch unabhängig von der Abstandsregel“, stellt ein Ministeriumssprecher klar. Nur bei lokalen Ausbrüchen darf das Gesundheitsamt in Absprache mit der Schulleitung Masken anordnen.

Seit dem Fall an einer Grundschule in Frankfurt-Fechenheim, an der vor anderthalb Wochen mindestens sieben Kinder positiv auf die Delta-Variante getestet wurden, sind dem Ministerium keine weiteren Ausbrüche mit dieser Virusvariante an hessischen Schulen bekannt geworden. Weil aber niemand vorhersehen kann, wie sich die Situation entwickelt, bleiben Schulfahrten ins Ausland trotz der zurzeit niedrigen Inzidenzwerte bis Ende des ersten Halbjahres des neuen Schuljahrs verboten.

Die Organisatoren von Skifreizeiten für siebte Klassen bemühen sich jetzt um Herbergen in deutschen Skigebieten. Die Abiturienten des nächsten Jahres aber müssen auf einen besonderen Höhepunkt der Schulzeit verzichten: die Studienfahrt ins Ausland. Am altsprachlichen Frankfurter Lessing-Gymnasium wären manche der Jugendlichen im September nach Griechenland gefahren, andere hatten sich für Italien entschieden. Der Schulleiterbeirat findet das strikte Verbot nicht nachvollziehbar, wenn gleichzeitig immer mehr private Reisen möglich sind und etwa auch die Fußball-Europameisterschaft stattfinden darf. „Wir fanden es

schade, dass das Kultusministerium keine Begründung genannt hat“, sagt die Vorsitzende Andrea Tappeiner.

Das Ministerium verweist auf Anfrage auf die unübersichtliche Lage auch angesichts der Delta-Variante. Wer Verantwortung für alle Schulen trage, könne diese Frage nicht ins Ermessen einzelner Schulen stellen. Dabei geht es auch darum, Geld aus der Staatskasse zu schützen: Um Kosten für stornierte Schulfahrten des Jahres 2020 zu erstatten, hat das Land rund zehn Millionen Euro aus dem Sondervermögen an Eltern und Unternehmen gezahlt.

Die Eltern am Lessing sagen, besonders für den Jahrgang der jetzigen Elftklässler des G8-Gymnasiums, der schon am Ende der zehnten Klasse wegen der Pandemie nicht nach Berlin fahren durfte, sei der Ausfall der Auslandsfahrten frustrierend. Denn zu einem späteren Zeitpunkt läge der Termin zu dicht an den Abiturprüfungen.

Falls im Herbst eine vierte Welle kommt, wird auch der unter Wissenschaftlern noch nicht entschiedene Streit über die Wirksamkeit von Luftfiltern und Querlüften wieder aufleben. Von den 75 Millionen Euro, die das Land Schulen und Kindergärten Ende des vergangenen Jahres für Corona-Schutz zur Verfügung gestellt hat, ist nach Angaben des Kultusministeriums mehr als die Hälfte abgerufen worden; es ist also noch Geld da. Das Land überlässt die Einschätzung, ob in den Räumen Luftfilter sinnvoll sind, ausdrücklich den Schulträgern. Wo es erlaubt ist, haben auch Eltern dafür Geld ausgegeben. Am Lessing-Gymnasium haben sie, wie Andrea Tappeiner berichtet, im Januar Luftfilter für alle Klassenräume gemietet. Als der Vertrag Ende Mai auslief, hätten alle unisono entschieden, die Geräte zu kaufen. FLORENTINE FRITZEN

FORNARA meets 360° BBQ

Es wächst zusammen, was zusammen gehört! Ab Freitag, 2. Juli 2021, gibt es einen exklusiven FORNARA-Shop bei 360° BBQ, einem der größten und erfolgreichsten deutschen Grillspezialisten. Wir, die FORNARA GmbH, sind ein hochleistungsfähiges, mittelständisches Import- und Handelsunternehmen, das bundesweit agiert und einen hervorragenden Ruf als zuverlässiger, flexibler und bestens sortierter Partner des Fachhandels, Großhandels, Lebensmittel Einzelhandels und als spezialisierter Gastrozulieferer hat.

„Das passt wie die Faust auf's Auge!“, beurteilen bereits im Vorfeld viele Kunden die bevorstehende Symbiose. Offensichtlich herrscht unter den Grillfreunden schon jetzt große Vorfreude

auf unseren Beitrag zu perfekten Grillabenden, und auf die Produkte, die ihre Vollendung auf der heimischen „Hardware“ finden sollen. Wir bieten den Kunden sensationelle Steaks und Premium-Cuts: Premiumware aus Europa und Übersee – besonders von Donald Russell aus Schottland. Darüber hinaus fangfrisch verarbeitete und schockgefrostete Seafood, leckere Feinkost und eine riesige Auswahl an internationalen Weinen. Sämtliche Produkte, die wir anbieten, sind von höchster Qualität und von Top-Erzeugern mit internationalem Renommee.

Ab dem 2. Juli finden also Grillbegeisterte aus Frankfurt und dem weiten Umland endlich alles unter einem Dach: ihren Traum-Grill, das passende Zubehör und das entsprechende Grillgut in riesiger Auswahl für alle Gelegenheiten und Vorlieben. Die geballte Kompetenz zweier Unternehmen, die sich der Freude am Genuss verschrieben haben, kommt den Kunden doppelt zugute: Größte Sicherheit bei Entscheidungen rund um die Produkte, denn der Spaß am Grillen fängt schon da an, wo man sich auf Augenhöhe austauschen kann, und wo man



mit Wissen, Erfahrung und Leidenschaft beraten wird. Dies gilt auch und besonders für den passenden Wein, der manch perfektem Grillabend erst das „Sahnehäubchen“ aufsetzt und ihn zu einem Erlebnis macht, an das man noch lange zurückdenkt.

In diesem Sinne freuen wir uns sehr auf die Symbiose mit 360° BBQ.

FORNARA
WINE · FOOD · FAMILY
LAGERVERKAUF
Lagerverkauf in Frankfurt
Hanauer Landstr. 427 · 60314 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 40 80 94 46 · frankfurt@fornara.de
www.fornara.de/frankfurt
Facebook/Insta:
FornaraLagerverkauf / fornara_lagerverkauf
Öffnungszeiten:
Mo.-Fr. 10-20 Uhr, Sa. 10-18 Uhr

